

Schweden

Tobias Etzold/Charlotte Wenner

Die schwedische Politik wurde 2018 von den Parlamentswahlen, die in einem Patt endeten, und einer langwierigen Regierungsbildung geprägt. Erst im Januar 2019 stand eine neue rot-grüne Minderheitsregierung, die unterstützt von Linkspartei und zwei Parteien aus dem bürgerlichen Spektrum jedoch auf wackeligen Füßen steht. Europapolitisch blieben die Themen Klima, mehrjähriger Finanzrahmen und Migration relevant. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurden die schwedischen Sozialdemokraten erneut stärkste Kraft. Die Regierung setzt in der neuen Legislaturperiode ihre feministische Außenpolitik fort.

Innenpolitik

Im September 2018 wurde in Schweden ein neuer Reichstag gewählt. Bereits im Vorfeld war prognostiziert worden, dass der Wahlausgang knapp und die Regierungsfindung schwierig werden würde. Mit Abstand stärkste Kraft wurden erneut die Sozialdemokraten, die etwas besser abschnitten als die meisten Umfragen prognostiziert hatten. Dennoch mussten sie mit 28,3 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit über hundert Jahren hinnehmen. Der starke Aufwärtstrend, den die rechtspopulistischen Schwedendemokraten in Umfragen mit 20 bis 25 Prozent noch bis Mitte August 2018 verzeichnen konnten, brach kurz vor der Wahl ein. Mit ihrem dennoch bislang besten Ergebnis von 17,5 Prozent wurden sie drittstärkste Kraft. Die konservative Moderate Sammlingspartei wurde mit 19,8 Prozent zweitstärkste Kraft. Da auch die Umweltpartei Die Grünen deutliche Verluste verzeichnen musste, reichte es trotz Zugewinnen der Linkspartei nicht erneut für eine nur von den Linken gestützte rot-grüne Regierung. Auch die Allianz für Schweden, bestehend aus Moderater Sammlingspartei, Zentrumspartei, den Liberalen und den Christdemokraten, hatte keine eigene Mehrheit.¹ Eine Unterstützung durch die Schwedendemokraten kam für das rot-grüne Lager nicht in Frage und hätte auch das Auseinanderbrechen der Allianz bedeutet. Besonders Zentrumspartei und Liberale hatten sich bereits im Vorfeld dagegen ausgesprochen. Mehrere Versuche sowohl von linker als auch bürgerlicher Seite, eine stabile Regierung zu bilden, scheiterten.

Es dauerte bis Januar 2019, bis eine neue Regierung zustande kam. Die schriftliche „Übereinkunft der Mitte“ sieht eine Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen vor, die von Zentrum und Liberalen unterstützt werden. Im Gegenzug erhalten diese deutlichen Einfluss auf den Haushaltsplan und auf bestimmte politische Bereiche, wie Bildung, Umwelt, Pflege und Migration. Durch das sogenannte „Januarabkommen“ kann der Einfluss der Schwedendemokraten auf die Regierung in den nächsten vier Jahren markant beschränkt werden. Aufgrund des in Skandinavien gängigen Prinzips des negativen Parla-

¹ Für eine Gesamtübersicht der Wahlergebnisse und Umfragen siehe: Novus: SVT/Novus Väljarbarometer, 2019, abrufbar unter: <https://novus.se/valjaropinionen/svtnovus-valjarbarometer/2018-2/> (letzter Zugriff: 6.7.2019).

mentarismus musste Stefan Löfven, um als Ministerpräsident wiedergewählt zu werden, nur eine Mehrheit gegen sich vermeiden, benötigte jedoch keine eigene absolute Mehrheit. Dies wurde durch die Enthaltung des Zentrums, der Liberalen und der Linkspartei möglich.

Die Arbeit der Regierung gestaltete sich in der Folge teils schwierig. Auf Verlangen der Moderaten Sammlungspartei wurde im Mai 2019 ein Misstrauensvotum gegen die sozialdemokratische Ministerin für Gesundheit und Soziales, Annika Strandhäll, durchgeführt. Grund hierfür war die Entlassung der Leiterin der Nationalen Agentur für Sozialversicherung, Ann-Marie Begler, im Jahr zuvor und die folgenden Unklarheiten und teils widersprüchlichen Angaben über den Verlauf sowie den Grund der Entlassung. Das Votum fiel, dank der Enthaltung von Linken und des Zentrums, sehr knapp zugunsten von Strandhäll aus, dennoch wurde sie vom Verfassungsausschuss abgemahnt.

Der Verteidigungsausschuss schlug in seiner Kostenkalkulation eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf 1,5 Prozent des Bruttonationalproduktes vor, was circa 84 Mrd. Kronen entspricht.² Die Vorbehalte der Sozialdemokraten gegenüber einer Bindung an diese Erhöhung führten dazu, dass die vier bürgerlichen Parteien, Zentrum, Liberale, Moderate und Christdemokraten, kurzerhand den Ausschuss am 10. Mai 2019 verließen. Wenige Tage später wurde der Abschlussbericht des Verteidigungsausschusses dennoch vorgelegt. Damit besteht eine Übereinkunft über die Stärkung der schwedischen Verteidigung in den nächsten Jahren, die Finanzierung bleibt jedoch unklar.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament in Schweden bestätigten die bestehenden politischen Kräfteverhältnisse im Land. Die Wahlbeteiligung legte in Schweden um 4 Prozentpunkte auf 55,3 Prozent zu und lag damit leicht über dem europäischen Durchschnitt von 51 Prozent. Die Sozialdemokraten wurden mit 23,5 Prozent erneut stärkste Kraft und erhielten fünf Sitze, verloren aber im Verhältnis zur Europawahl 2014 und den nationalen Wahlen. Die Schwedendemokraten gewannen zwar mit 15,3 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2014 fast 6 Prozent und einen Sitz im Europäischen Parlament hinzu (jetzt 3 Sitze), stagnierten aber im Vergleich zur nationalen Wahl. Mit 15 bis 17 Prozent scheint momentan ihr tatsächliches Wählerpotenzial ausgeschöpft. Von ihrem noch vor den nationalen Parlamentswahlen 2018 propagierten Vorhaben eines EU-Referendums waren die Schwedendemokraten vor den Wahlen abgerückt, ebenso die Linkspartei. Beeinflusst von den ungeordneten Verhältnissen im Vereinigten Königreich nach dem britischen Referendum zum Austritt aus der Europäischen Union befürworten die Rechtspopulisten jetzt statt eines EU-Austritts eine Reform und eine Beschneidung der Macht der Europäischen Union. Größter Verlierer der Wahl waren die Grünen, die über 4 Prozent verloren, dennoch aber besser abschnitten als bei den nationalen Wahlen. Sie profitierten weniger als andere grüne Parteien in Europa davon, dass der Klimaschutz in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt war, obwohl die „Fridays for Future“-Bewegung ihren Ursprung in Schweden hat. Sie verloren Stimmen von urbanen, jungen und gut ausgebildeten WählerInnen an die liberale Zentrumspartei, die sich ebenfalls mit grünen Themen zu profilieren versuchte und 4 Prozentpunkte dazugewann.³ Die Grünen haben in Schweden kein Alleinstellungsmerkmal mehr bei Umwelt- und Klimathemen.

2 Regeringskansliet: Försvarsberedningen överlämnar rapport om inriktningen för säkerhetspolitiken och utformningen av det militära försvaret, 14.5.2019.

3 Alle Zahlen siehe: <https://europawahlergenis.eu/nationale-ergebnisse/schweden/2019-2024> (letzter Zugriff: 16.7.2019).

Die wichtigsten europapolitischen Themen der Regierung sind die gemeinsame Migrations- und Asylpolitik, die Vollendung des Binnenmarkts, eine effektive Klimapolitik und ein einheitlicher europäischer Umgang mit Russland. Dies deckt sich in etwa mit den Themen, die die schwedischen WählerInnen kurz vor den Europawahlen für die wichtigsten im EU-Kontext hielten: der Themenkomplex Klima, Umwelt und Energie, die Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung und Migration.⁴ Hinsichtlich der EU-Migrationspolitik setzt sich die schwedische Regierung seit langem dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung hinsichtlich der Aufnahme von Asylsuchenden teilen sollten. Um dem Nachdruck zu verleihen, nehmen außer den Schwedendemokraten alle im Europäischen Parlament vertretenen schwedischen Parteien den Standpunkt ein, dass Länder, die nicht bereit sind Flüchtlinge aufzunehmen, geringere Zahlungen aus EU-Fördermitteln erhalten sollten.⁵ Die Regierung hält zudem an ihren 2015 eingeführten Grenzkontrollen fest. Diese wurden erst im Mai 2019 um ein weiteres halbes Jahr mit der Begründung verlängert, dass die Terrorismusgefahr noch nicht signifikant gesunken und dass der Schutz der EU-Außengrenzen weiterhin unzureichend sei.

Um den Klimaschutz EU-weit wirklich voranzubringen, befürwortet Schweden ein ambitioniertes, robustes und dynamisches Regelwerk für die Implementierung des Pariser Abkommens. Den Vorschlag, bis 2050 keine klimaschädlichen Emissionen mehr auszustoßen, betrachtet Schweden als angemessen. In den Verhandlungen zum langjährigen EU-Finanzrahmen beharrte die schwedische Regierung weiterhin auf ihrem Standpunkt, dass im Zuge des Austritts des Vereinigten Königreichs das EU-Budget verkleinert werden müsse und der schwedische Beitrag keineswegs steigen dürfe.⁶ Sie wünscht ein „modernes Budget“ mit Fokus auf gemeinsamen Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Umwelt und Klima. Ein vom rumänischen Ratsvorsitz im Juni 2019 vorgelegtes revidiertes Verhandlungspapier wies die schwedische Regierung als einseitig und nicht mit den schwedischen Prioritäten übereinstimmend zurück.⁷

Außenpolitik

Wie bereits unter der Regierung Löfven I der Jahre 2014 bis 2018 verfolgt Schweden eine feministische Außenpolitik, bei der besonders die Rechte und die Stellung von Frauen weltweit gestärkt werden sollen, damit diese dieselben Rechte und Ressourcen nutzen können wie Männer sowie auf gleiche Art und Weise auf allen Ebenen vertreten werden.⁸ Die im Februar 2019 vorgestellte Regierungserklärung des Außenministeriums⁹ sieht für die nächste Legislaturperiode drei Hauptthemen vor: Förderung von Demokratie, eine geteilte Verantwortung für Frieden und Sicherheit und eine Stärkung der diplomatischen Beziehungen. Eine Verantwortungsteilung soll vor allem hinsichtlich der Klimapolitik, der internationalen Übereinkunft über die Abrüstung von Atomwaffen und des Umgangs mit Russland in Bezug auf die Krim vorangetrieben werden. Schweden verurteilt einerseits klar Russlands Vorgehen in der Ostukraine und ist für eine Beibehaltung der EU-Sanktio-

4 SVT Nyheter: Klimat, brott och migration väljarnas viktigaste EU-frågor, 9.4.2019.

5 SVT Nyheter: Svenska partier vill straffa EU-länder som inte tar emot flyktingar, 9.5.2019.

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

7 Regeringskansliet: Ministermöte om EU:s udvigning och EU:s fleråriga budgetram, 14.6.2019.

8 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gleichstellungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

9 Minister for Foreign Affairs Margot Wallström: Statement of Government Policy in the Parliamentary Debate on Foreign Affairs, 13.2.2019.

nen, andererseits sucht es auch weiterhin den Dialog mit der politischen Führung und der Gesellschaft Russlands. Schweden setzt sich zudem für eine friedliche Lösung in vielen Konfliktländern wie Venezuela, Syrien oder auf der koreanischen Halbinsel ein.

Schweden war 2017 und 2018 nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und hatte dort im Juli 2018 zum zweiten Mal den Vorsitz inne. Ein zentrales Element für Schweden war hier, die eigene feministische Außenpolitik zu integrieren. Die Regierung zeigte wiederholt den Zusammenhang von Frauenrechten, Frieden und Sicherheit auf und setzte sich konsequent für ein entsprechendes Mandat sowie mehr Frauen und Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen in den Briefings ein.

Im Dezember 2018 wurde in Stockholm unter schwedischer Schirmherrschaft von den Vereinten Nationen das Abkommen von Stockholm¹⁰ verabschiedet. Dieses beinhaltet unter anderem den Waffenstillstand für die Stadt und den Hafen von Hodeidah im Yemen und eine Übereinkunft zum Austausch von Kriegsgefangenen. Bei einem Besuch des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-In im Juni 2019 in Schweden waren die Nordkoreafrage und ein drittes Treffen zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten von Amerika Themen der Gespräche. Als Schutzmacht der Vereinigten Staaten in Nordkorea mit eigener Botschaft vertritt Schweden US-amerikanische Interessen vor Ort und setzt sich für eine friedliche diplomatische Lösung des Koreakonfliktes ein.

Des Weiteren leitete Schweden im UN-Sicherheitsrat die Verhandlungen, humanitäre Hilfe in Syrien besonders für Kinder zu ermöglichen und zu verstärken. Auch wurde im Sicherheitsrat unter schwedischer Leitung zum ersten Mal die Korrelation von Klimawandel und Sicherheit berücksichtigt.

Fazit und Ausblick

Die jüngsten Wahlen in Schweden bestätigten den Trend einer Zersplitterung der politischen Landschaften in Nordeuropa und der zunehmenden Schwierigkeit, stabile Regierungen zu bilden. Immerhin gelang es nach langwierigen Verhandlungen erstmals, die politischen Lager aufzubrechen und eine Mitte-Links-Minderheitsregierung zu bilden, die von einigen Parteien aus dem bürgerlichen Lager unterstützt wird. Auch wenn diese Konstruktion fragil ist, die Mitte-Links-Regierung von bürgerlichen Oppositionsparteien abhängig macht, große Zugeständnisse an diese erfordert und wenig politischen Spielraum bietet, gelang es, so die Rechtspopulisten von der Macht fernzuhalten und ihren politischen Einfluss zu begrenzen. Europa- und außenpolitisch setzt sich der Status-Quo fort. Hier sind auch in näherer Zukunft keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten.

Weiterführende Literatur

Tobias Etzold: Schweden braucht die EU - und kann seine Beziehungen mit der Union doch nur bedingt vertiefen, Kurz gesagt, Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2018.

Josef Janning: Unlocking Sweden's EU potential, Note from Berlin, European Council of Foreign relations, September 2018.

10 Office of the Special Envoy of the Secretary-General for Yemen: Full Text of the Stockholm Agreement, 13.12.2018.